

***Gehört Religionspolitik
zur europäischen “Staatsräson?”
– Ihr Nutzen und Ihre Gefahren***

**Rede
von Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
bei der Tagung
„Der Weg Europas und die öffentliche Aufgabe der
Theologien“ der
Europäischen Gesellschaft für katholische Theologie
am 8. März 2007 in Berlin**

1. Im Jahr 1799 beschwor Friedrich von Hardenberg, besser bekannt unter seinem Dichternamen Novalis, die Einheit Europas unter ausdrücklichem Bezug auf das Christentum: „Es waren schöne, glänzende Zeiten, wo Europa ein christliches Land war, wo **eine** Christenheit diesen menschlich gestalteten Weltteil bewohnte ...“

Zeitgleich führte Napoleon europäische Religionspolitik in der Praxis durch. Sein Motto: „Die Menschen brauchen

Religion, und die Religion muss von der Regierung kontrolliert werden.“ Die Folgen dieser Politik prägen Deutschland bis heute, manche werden sagen: zum Glück, andere werden darin eine Tragik sehen. Meine Heimat Baden gehörte, wie Sie wissen, zu den Teilen Deutschlands, die dem damals etwas abgewinnen konnten.

Doch wie immer wir das im Rückblick beurteilen, wir werden uns einig sein, dass Europa heute eine solche Religionspolitik nicht braucht. Und das aus zwei Gründen. Zum einen, weil wir uns heute überall in Europa von dem Gedanken des aufgeklärten Absolutismus verabschiedet haben, dass Religion sicherheitshalber immer vom Staat kontrolliert werden muss. Diese Haltung war vielleicht als Reaktion auf die Religionskriege des 17. Jahrhunderts verständlich. Und wenn wir auf die Gefahren, die heute von radikalierter, fundamentalistischer – und keineswegs nur islamistischer – Religion ausgehen, sehen, erkennen wir, dass diese Problematik auch heute nicht verschwunden ist.

Dennoch sehen wir das heute anders. Religion **kann** wohl dem Gemeinwohl gefährlich werden, aber vor allem ist sie eine für die Gesellschaft wichtige Quelle von individuel-

lem und gemeinschaftlichem Engagement, von Wertvorstellungen und politischen Überzeugungen.

Der sich selbst als religiös „unmusikalisch“ bezeichnende Jürgen Habermas hat kürzlich zugestanden, dass „wir“ immer noch von den „normativen Gehalten“ der religiösen Überlieferung zehren. Da hat er Recht. Wenn also Politik sich heute auf die Herausforderung durch Religion einlässt, dann sollte sie in erster Linie die Chancen sehen, die dem Gemeinwesen so entstehen. Die Gefahren dürfen nicht ignoriert werden, aber sie dürfen nicht zu ausschließlich die Wahrnehmung bestimmen.

Noch aus einem anderen Grund ist eine europäische Religionspolitik im „napoleonischen“ Stil heute unangebracht. Sie vernachlässigt die Pluralität von Religion in Europa. Das ist sowohl eine Pluralität religiöser Traditionen und Prägungen als auch eine Pluralität politischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Formen des Umgangs mit Religion. Die Europäische Union tut gut daran, nur die Dinge auf europäischer Ebene zu regeln, die dahin gehören, die sich nämlich zentral besser und effizienter organisieren lassen. Die Religion gehört nicht dazu.

Man kann natürlich versucht sein, in der gemeinsamen religiösen Tradition eine herausragende Quelle europäi-

scher Einheit zu sehen. Das genau war der Gedanke des Novalis. Doch bei Licht besehen stimmt dessen Vision nicht einmal historisch. Ernst Kantorowicz hat das pointiert in den Worten zum Ausdruck gebracht: „Die faszinierende Vorstellung von mittelalterlicher Welteinheit fällt in sich zusammen, und eine Fata Morgana löst sich auf, wenn die Kuppel der Hagia Sophia am Horizont auftaucht“.

Damit hatte er natürlich nicht die moderne Türkei und deren Beitritt zur Europäischen Union im Sinn – die Worte stammen aus dem Jahr 1944, sondern die Tatsache, dass zu Europa eben auch der slawisch-byzantinische Raum gehört – im Jahr des Beitritts von Rumänien und Bulgarien zur Europäischen Union ein höchst aktueller Hinweis.

Anders gesagt: eine einheitliche, zentrale europäische Religionspolitik kann und sollte es auch deshalb nicht geben, weil Europa schon immer und heute mehr als jemals ein religiös plurales Gebilde ist. Einzelne Länder, einzelne Gesellschaften haben ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht, die sich in einer Vielzahl von unterschiedlichen Regelungen niederschlagen, von der französischen Laïcité bis zu den Staatskirchen in Großbritannien und Skandinavien. In Deutschland haben wir wiederum eine ande-

re Situation, und die Lage in einigen der neu hinzugekommenen mittel- und osteuropäischen Länder ist nochmals deutlich verschieden.

Die Diskussion um den Gottesbezug in der europäischen Verfassung hat gezeigt, wie schwer es ist, in einer solchen Angelegenheit zu einer Einigung zu kommen, und selbst ein ökumenischer Gottesdienst zum 50-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge ist keine einfache Sache.

Insofern ist, wie Sie merken, meine erste Antwort auf die mir im Titel des Referates gestellte Frage negativ. Religionspolitik gehört nicht zur europäischen Staatsräson, wenn damit gemeint ist, es könnte geboten sein, hier zu einer europaweit einheitlichen Regelung zu kommen. Ich meine, dass das weder realistisch noch wünschenswert ist.

2. Gleichwohl kann das nicht die ganze Antwort sein. Denn etwas ist nicht nur dadurch eine Angelegenheit für Europa, dass wir eine einheitliche EU-weite Regelung haben oder anstreben. Religion ist auch eine Herausforderung für europäische Politik, wenn sie eine politische Realität in allen europäischen Ländern darstellt.

Und in dieser Hinsicht bin ich davon überzeugt, dass es sich um ein Thema von großer Bedeutung für die Politik handelt. Ich werde darüber jedoch ausdrücklich als deutscher Politiker sprechen. Was *wir* hier in dieser Hinsicht erleben und wie wir damit umgehen, wird vielleicht für Kollegen in anderen Ländern der Europäischen Union nicht uninteressant sein, ebenso wenig wie es umgekehrt für uns gleichgültig ist, welche Erfahrungen andernorts gemacht werden. Wir lernen voneinander auch da, wo wir keine Vereinheitlichung anstreben.

Wie stellt sich Religion aus Sicht des Politikers dar? Religion ist immer für die Politik relevant gewesen. Denn Politik agiert nicht im luftleeren Raum. Sie hat es mit Menschen zu tun. Diese sind in ihrem Leben und Zusammenleben durch bestimmte Gepflogenheiten, Überzeugungen, Grundsätze und Traditionen geprägt. Sie und die aus ihnen folgenden Werthaltungen werden maßgeblich durch die Vorstellung vom Anfang und Ende menschlichen Lebens, vom Davor und Danach, von Grenzen und Grenzenlosigkeit bestimmt.

Politik kann ohne diese Reflexion nicht erfolgreich betrieben werden. Mit die wichtigsten Gepflogenheiten, Überzeugungen, Grundsätze und Traditionen sind religiöser Art, und deshalb kann es keinem Zweifel unterliegen,

dass Religion immer eine Herausforderung für die Politik darstellt.

Dennoch schien es eine Zeit lang freilich so manchem, als habe die Religion jedenfalls für uns aufgehört, eine Herausforderung für die Politik zu sein. Nicht nur war es so, dass die Mitgliedschaft in den großen Kirchen zurückging – ein Prozess, der schon seit geraumer Zeit anhält, in den letzten Jahrzehnten jedoch erst deutlich wahrnehmbar wurde. Aber auch die große Mehrheit derjenigen, die noch einer Kirche angehörten, war anscheinend der Ansicht, Religion sei vor allem eine Sache des persönlichen Glaubens, den man aus der politischen Auseinandersetzung weitgehend heraushalten sollte.

Das große Zauberwort war „Säkularisierung“, die Bezeichnung einer Entwicklung, die alle modernen Institutionen zunehmend frei macht von ihrer traditionellen Verklammerung mit religiösen Werten und Inhalten. Religion in einer in diesem Sinn säkularen Gesellschaft, das sollte offenbar heißen: Religion in einem Umfeld, das in seinen wesentlichen Bezügen und Funktionen wunderbar ohne sie auskommt, für das sie bestenfalls eine Art Ornament ist, das manche Momente etwas feierlicher macht, als sie es sonst wären, aber darüber hinaus ohne Bedeutung für den eigentlichen Gang der Dinge ist.

Diese Interpretation der Situation bei uns hatte auch Auswirkungen für die Art und Weise, wie wir den Rest der Welt betrachteten. Natürlich war klar, dass die Bedeutung von Religion – sei es der christlichen oder anderer – für politische Abläufe in vielen Teilen der Welt deutlich höher und oft genug von großer Bedeutung war. Es galt jedoch mehr oder weniger als ausgemacht, dass sich der Entwicklungsstand einer Gesellschaft nicht zuletzt daran zeigen sollte, wie „säkular“ sie war. Auf diese Weise wurde ein Rückstand in der Säkularisierung zu einem Aspekt von Rückständigkeit, von dem man hoffen musste, dass er – ebenso wie bestimmte ökonomische und soziale Relikte früherer Zeiten – langsam aber sicher überwunden würde.

Die große Ausnahme, die in dieses Weltbild nie passte, waren die Vereinigten Staaten von Amerika. Da hatte man es mit einem hoch entwickelten Land zu tun, das spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg in vieler Hinsicht für den Rest der Welt den Maßstab von Modernität abgab, ein Land, dessen Modernität überhaupt keinem Zweifel unterlag und dessen Institutionen beispielhaft für die deutsche Demokratie waren – und gerade in diesem Land spielte die Religion in der Öffentlichkeit eine so fundamentale Rolle. Sicherlich in einem ganz besonderen

Sinn – immerhin existiert auf der verfassungsrechtlichen Ebene in den Vereinigten Staaten eine der strengsten Trennungen von Kirche und Staat.

Dennoch scheint immer noch zu gelten, was Alexis de Tocqueville vor über 150 Jahren – schon damals als Europäer milde erstaunt – beobachtete: dass Religion die erste der republikanischen Institutionen in den Vereinigten Staaten darstellt. Im Weltbild der Säkularisation erschienen die Vereinigten Staaten so als die große Anomalie, als die Ausnahme, für die es eigentlich im Rahmen der allgemeinen Theorie keine zufrieden stellende Erklärung gab.

Inzwischen gilt es als anerkannt, dass diese allgemeine Theorie, die Annahme, dass Religion im Wesentlichen ihre politische Relevanz verloren habe, schlicht gesagt falsch war. In vielen Teilen der Welt haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten Modernisierungen abgespielt – in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Demokratie hat in den letzten 15 Jahren in einer Vielzahl von Ländern Einzug gehalten, die mit diesem Gesellschaftsmodell bislang wenig oder keine Erfahrung gemacht hatten.

Dennoch gibt es keine Anzeichen dafür, dass irgendwo außerhalb Westeuropas die Entwicklung stattfindet, die

man mit dem Begriff der Säkularisierung im Blick hatte. Eine Ausnahme bilden vielleicht einige der vormals kommunistischen Länder Ostmitteleuropas wie Tschechien und Ungarn, aber die haben natürlich eine ganz besondere Geschichte.

Auf der anderen Seite ist umso bemerkenswerter, welche Entwicklung sich in dieser Hinsicht in Russland vollzogen hat – immerhin einem Land, in dem während eines Großteils des 20. Jahrhunderts eine die Religion aktiv unterdrückende Politik betrieben wurde. 2001 konnte Präsident Putin davon sprechen, sein Land habe freiwillig

„die Rolle einer Hüterin der wahren christlichen Werte [übernommen]. Unbedingt muss man jenen zustimmen, die meinen, dass ohne Christentum, ohne orthodoxen Glauben, ohne die daraus erwachsene Kultur Russland gar nicht hätte entstehen können.“

Man könnte die Beispiele aus Europa und aus anderen Teilen unserer globalisierten Welt fast beliebig vermehren. Auch bei uns hat sich – wenn ich es richtig beobachte – die Diskussion in den letzten Jahren verschoben. Sicherlich, der Mitgliederschwund der großen Kirchen hält an, und auch das Nachlassen einer grundsätzlichen Alphabetisierung im Christentum scheint eher verstärkt.

Gleichzeitig lässt sich jedoch auch eine gegenläufige Entwicklung feststellen: Angesichts der großen Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft zweifellos steht, ist vielen Menschen die Bedeutung von das Leben orientierenden Werten wieder stärker bewusst geworden.

Gibt es eine letzte Instanz, vor der individuelle Entscheidungen verantwortet werden müssen? Wie setzen wir uns Grenzen, angesichts der Bedrohung, die unserer Welt und uns selbst von den anscheinend unbegrenzten Möglichkeiten drohen? Die öffentlichen Diskussionen über Klimaschutz und Stammzellenforschung, aber auch – in ganz anderer Weise – die öffentliche Anteilnahme an der Person des letzten Papstes während seiner letzten Tage deuten für mich darauf hin, dass eine neue Sensibilisierung einsetzt für etwas, was für die Gesellschaft von großer Bedeutung ist.

Um noch einmal auf Jürgen Habermas zurückzukommen – sicherlich ein unverdächtigere Zeuge –, der hat in zahlreichen Äußerungen der letzten Jahre zum Ausdruck gebracht, dass hier etwas unabgeschlossen sei, dass die Säkularisierung nicht die letzte Antwort auf die Probleme unserer Zeit sein könne. Habermas spricht in diesem Zusammenhang übrigens von einer „Dialektik der Säkularisierung“ – so der Titel eines Buches, das er Anfang 2005

gemeinsam mit dem damaligen Kardinal Joseph Ratzinger herausgegeben hat.

Dennoch wäre es falsch, eine Art Rückkehr zu einem Status quo ante zu sehen. Denn wie auch immer man die künftige Rolle von Religion in Deutschland einschätzt – und Sie werden von mir heute keine Prophezeiungen dieser Art hören –, sie ist jetzt und in Zukunft auf jeden Fall viel pluraler verfasst als jemals zuvor. Wir haben uns also heute nicht nur der Frage zu stellen, ob und wie viel Religion Deutschland verträgt, sondern wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Religion in Deutschland tatsächlich Religionen bedeutet – wobei wir uns einig sein werden, dass darunter insbesondere dem Islam eine herausgehobene Bedeutung zukommt.

Das zeigt jedoch sogleich ein weiteres Problem. Die Wahrnehmung jedenfalls großer Teile der Öffentlichkeit ist für verschiedene Religionen sehr unterschiedlich: In welcher Weise stellen Islam, Christentum und, sagen wir, Buddhismus eine Herausforderung für die Politik dar? Wir müssen die Frage nur stellen, um zu sehen, dass sie intuitiv von den meisten für jede dieser Religionen verschieden beantwortet wird. Gleichzeitig verpflichtet uns unsere grundgesetzliche Ordnung zu Recht zu einer prinzipiellen Gleichbehandlung der verschiedenen Religionen. Auch

das ist gewissermaßen eine Herausforderung für die Politik und für den konkreten Politiker.

3. Vielleicht ist das die deutlichste Parallele zwischen der Situation in einem Land wie Deutschland und der Europäischen Union insgesamt. Denn ebenso wenig wie „Europa“ ein „christliches Land“ ist – um nochmals Novalis zu zitieren –, sondern ein Gebilde, in dem eine Vielzahl christlicher Kirchen sowie nicht-christliche Religionen koexistieren, so ist auch Deutschland heute von einer solchen Pluralität gekennzeichnet. Und es ist eben diese Lage, die die Politik zur Kenntnis nehmen muss, für die sie Antworten formulieren und umsetzen muss.

Dabei halte ich es für falsch, von Pluralität so zu sprechen, als gehe es hier um eine Nacht, in der alle Katzen grau sind. Es wäre ein falscher Ausdruck von *political correctness* zu ignorieren, dass in Deutschland – wie auch in fast allen anderen europäischen Ländern – der christlichen Tradition eine besondere Bedeutung für die Formung der Kultur zukommt.

Der Kölner Dom und eine Moschee am selben Ort mögen für die Christen und Moslems, die sich dort zur Messe oder zum Freitagsgebet versammeln, eine vergleichbare Bedeutung haben. Unbestreitbar ist, dass der Kölner Dom

außerdem auch eine andere Bedeutung hat: als ein einmaliges Baudenkmal, das in ganz besonderer Weise mit deutscher Geschichte und deutscher Kultur verbunden ist. Er wird deshalb auch von Nichtkatholiken und Nichtchristen besucht; um ihn jedoch als ein solches Baudenkmal verstehen und würdigen zu können, ist eine Grundkenntnis der christlichen Religion unerlässlich. Wer die nicht besitzt, geht wie ein Blinder durch unsere Städte. Ihm entgehen große Teile unserer Literatur und der bildenden Kunst; der Zugang zu wichtigen Werken der klassischen und der modernen Musik ist erheblich erschwert.

Unsere Kultur und Zivilisation, unsere Art zu leben und unsere Vorstellung vom Leben sind also durch das Christentum geprägt, und in diesem Sinne wird das Christentum auch in Zukunft eine hervorgehobene Rolle in unserem Land spielen, daran gibt es keinen Zweifel. Das ändert nichts daran, dass es derzeit von besonderer Bedeutung ist, unter Beweis zu stellen, dass unser politisches System in der Lage ist, Religionen, die traditionell keine oder nur eine geringe Rolle in Deutschland gespielt haben, besser zu integrieren. Das betrifft in besonderer Weise den Islam, und deshalb hat das Innenministerium im vergangenen Jahr eine Deutsche Islam Konferenz initiiert.

Die Situation des Islam in Deutschland ist dadurch charakterisiert, dass er eine Religion von Immigranten ist. Auch wenn es sich dabei inzwischen oft um die zweite oder gar die dritte Generation handelt, die in Deutschland lebt, geht es bei der Diskussion um den Islam niemals nur um eine Religion, sondern immer auch um das Problem der gesellschaftlichen Integration einer Minderheit, die oft nicht nur durch ihren Glauben, sondern auch durch viele andere Bräuche und – in vielen Fällen auch noch in der zweiten und dritten Generation – selbst durch die Sprache von der Mehrheitsgesellschaft unterschieden ist.

Wir haben 20 Prozent Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund, und wir haben in Teilen noch erhebliche Integrationsdefizite. Sie zu beheben, ist ein Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit insgesamt, weshalb die Bundeskanzlerin auch einen Integrationsgipfel ins Leben gerufen hat, der alle Aspekte in der Verantwortung von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft gemeinsam mit Vertretern der Migranten aufarbeiten soll.

Die Islamkonferenz – ein auf längere Zeit angelegter Diskussionsprozess zwischen der Regierung und vielfältigen Vertretern muslimischen Lebens in Deutschland – beschäftigt sich mit den spezifischen Problemen des Islam

in Deutschland. Unser Verständnis des Verhältnisses von Staat und Religion ist durch die Erfahrungen mit den christlichen Kirchen geprägt, aber der Islam ist keine Kirche.

Wenn wir etwa Religionsunterricht an staatlichen Schulen abhalten, machen das Staat und Kirchen in Partnerschaft – das ist anders als in Frankreich, wo mein Amtskollege Sarkozy dergleichen einfach mehr oder weniger anordnen kann. Solche Partnerschaft muss sich in der muslimischen Community in Deutschland erst entwickeln, und eine Voraussetzung dafür ist die Akzeptanz von Pluralität und Toleranz, von allgemein verbindlichen Rechten und Pflichten, von der Universalität der Menschenrechte und deshalb auch von der Trennung von weltlicher und geistlicher Ordnung. Schließlich lebt die freiheitliche weltliche Ordnung vom Kompromiss, den Glaubensüberzeugung nicht kennt.

Unsere Vorstellungen von Toleranz und Offenheit finden wir in islamischen Mehrheitsgesellschaften heute noch kaum verwirklicht. Wir machen Reziprozität nicht zur Voraussetzung, aber wir bestehen auf der Akzeptanz unseres Freiheits- und Toleranzmodells. Auf dieser Grundlage können Vorbehalte und Fremdheit gegenüber Islam und

Muslimen abgebaut und Partnerschaft zwischen Staat und Muslimen entwickelt werden, und daran arbeiten wir.

4. An diesem Punkt komme ich wieder vom Islam zurück zu dem allgemeineren Teilthema von Religion aus der Sicht des Politikers. In gewisser Weise ist Integration heute eine Angelegenheit nicht nur von Immigranten in einer Mehrheitsgesellschaft. Die heterogene und plurale Struktur moderner Gesellschaften hat zur Folge, dass Integration für alle relevant ist.

Gemeinschaft, Verständigung über das, was uns verbindet – ob wir das nun Patriotismus, Verfassungspatriotismus, Leitkultur oder wie auch immer nennen –, ist eine beständige und zentrale Aufgabe von Politik. Anders gesagt: Wenn es uns nicht gemeinsam gelingt, uns darüber zu verständigen, was uns als Deutsche – egal ob deutsche Muslime, Juden, Atheisten oder Christen – miteinander verbindet, greifen alle Integrationsbemühungen letztlich zu kurz. Dafür jedoch reichen politische oder rechtliche Institutionen, so wichtig sie sind, nicht aus. Auch eine Verfassung wird dafür allein nicht genügen. Sie bedarf selbst anderer Fundamente, damit sie von den Bürgern mit Leben erfüllt wird.

Ohne dieses Sicheinbringen des Einzelnen kommt kein Staat aus. Der Satz von Ernst-Wolfgang Böckenförde, nach dem der freiheitlich-säkulare Staat von Grundlagen lebt, die er selbst nicht hervorbringen kann, wird gern und oftmals unvollständig zitiert, wenn es um die Rolle von Religion und Staat in Deutschland geht. Es lohnt sich allerdings, weiter zu lesen und ausdrücklich auf das hinzuweisen, was der ehemalige Verfassungsrichter an derselben Stelle noch sagt. Dass der „säkularisierte, weltliche Staat letztlich aus inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt“, wird von ihm nämlich so ausgeführt, „dass die Christen diesen Staat in seiner Weltlichkeit nicht länger als etwas Fremdes, ihrem Glauben Feindliches erkennen, sondern als die Chance der Freiheit, die zu erhalten und zu realisieren auch ihre Aufgabe ist.“

Aus meiner Sicht gilt dieser Satz analog für die deutschen Muslime, wenn Integration funktionieren soll. Nehmen sie ihn für sich ernst, werden aus Muslimen in Deutschland deutsche Muslime. Zum Wohle aller einbringen wird sich der Einzelne – ganz gleich ob Christ oder Moslem – nämlich nur in einem Gemeinwesen, mit dem er sich identifizieren kann, in dem er gerne lebt.

5. Was jedoch ist die Rolle der Religion dabei? Dient **sie** der Integration? Sagen wir nicht letzten Endes doch, dass Religion die Menschen trennt und es anderer Ideen, etwa der der Nation, bedarf, um sie zusammenzubringen? Das wäre in der Tat die Konsequenz, wenn es uns nicht gelingt, auch auf das zu sehen, was uns in unserer religiösen und konfessionellen Verschiedenheit miteinander verbindet, nicht nur auf das, was uns trennt.

Mit dieser Frage begeben mich natürlich auf ein Terrain, auf dem Sie die Fachleute sind. Ich hoffe, Sie werden mir das nachsehen. Ich meine, wir finden da einiges von großer politischer und gesellschaftlicher Relevanz. Nehmen wir den zumindest für die monotheistischen Religionen zentralen Bezug auf Gott. Bei allen im Einzelnen großen Unterschieden kommt es im Grundsatz für die Politik aus meiner Sicht darauf an, dass Menschen wissen, dass sie mit ihrem eigenen Leben und Tun in der Verantwortung vor einer Autorität stehen, die sie nicht selbst eingesetzt haben. Dass sie sich auf etwas beziehen, was größer ist als sie selbst. Dass da etwas ist, das von ihnen nicht gemacht, aber von ihnen zu respektieren ist. Dass es bei allem, was sie wollen und tun, nicht nur um sie selbst geht.

Schon das hat weit reichende Folgen für politisches und gesellschaftliches Handeln. Wissen um Unverfügbares ist eine Vorkehrung gegen totalitäre Allmacht und Machtmissbrauch. „Wo immer in der Welt einer nicht mehr weiß, dass er höchstens der Zweite ist, da ist bald der Teufel los“, sagte Bischof Reinelt zum 50. Jahrestag der Dresdner Bombennacht.

Genau darum geht es nach meinem Verständnis in der Präambel des deutschen Grundgesetzes. Bevor die eigentliche Verfassung beginnt, wird dort gesagt, dass das deutsche Volk sich dieses Grundgesetz im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott gegeben hat. Nach meiner Überzeugung verbindet ein solcher Verweis Menschen verschiedener Konfessionen, auch Gläubige der wichtigsten bei uns vertretenen Religionen. Er muss sie nicht trennen. Und so wäre mir auch in der Präambel zur Europäischen Verfassung der Gottesbezug lieber gewesen als der Verweis auf das religiöse Erbe.

Wie steht es aber mit Atheisten? Werden sie so vor den Kopf gestoßen? Nicht unbedingt. Auch der Atheist kommt eigentlich nicht wirklich ohne Religion aus. Zumindest wenn es um grundsätzliche existenzielle Fragen, um die Frage nach Anfang und Ende, nach dem Sinn des Lebens und der Existenz von Wahrheit und Recht geht,

stößt auch jemand, der keiner Religionsgemeinschaft angehört, auf die religiöse Dimension. Auch Atheisten suchen meist einen absoluten Bezugspunkt: die Idee der Wahrheit zum Beispiel oder der Freiheit, das Recht oder die Gerechtigkeit. Wenn damit nicht Ideologien gemeint sind, sondern etwas, das den Einzelnen in die Pflicht nimmt, dann gibt es mehr Gemeinsamkeiten, als man zunächst denken würde.

Der Bezug auf Gott erweist seine Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen nicht zuletzt dadurch, dass er unmittelbare und direkte Folgen für das Menschenbild hat. Die Verantwortung der Menschen **vor** Gott ist nie losgelöst von der Verantwortung **für** den Mitmenschen. Das Doppelgebot der Liebe, das im Neuen Testament und auch davor schon in der jüdischen Überlieferung als Zusammenfassung aller Gebote gilt, verbindet nicht zufällig die Liebe zu Gott mit der Nächstenliebe.

Die biblische Schöpfungsgeschichte drückt denselben Zusammenhang aus, indem sie davon spricht, der Mensch sei nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Und nicht zuletzt sollte jedem Christen deutlich sein, dass es für unseren Glauben, in dessen Mittelpunkt die Menschwerdung Gottes steht, keinen Gottesbezug geben kann,

der nicht zugleich Achtung und Liebe gegenüber dem Menschen normiert.

In unsere Verfassungswirklichkeit hat dieser Gedanke Eingang gefunden in der Formulierung des Art. 1, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Dieser Grundsatz gilt unumstößlich; nicht einmal eine verfassungsändernde Mehrheit könnte ihn ändern – und das zu Recht. Unsere politische Ordnung, das, was oft als die Wertordnung des Grundgesetzes bezeichnet wird, beruht zuallererst auf dem Prinzip der Menschenwürde.

Aus diesem Grundsatz sind letztlich die einzelnen Grundrechte entsprungen, die das Fundament unserer freiheitlichen Ordnung ausmachen. Dazu gehört ganz wesentlich der Grundsatz religiöser Toleranz, das Prinzip der Religionsfreiheit. Das ist wichtig. Gerade der religiöse Glaube ist es, der die Akzeptanz religiöser Pluralität als Teil der Achtung vor der Menschenwürde fordert.

6. Diese Verbindung ist oft nicht gesehen worden, wohl auch deshalb, weil die Kirchen selbst in dieser Entwicklung nicht immer eine rühmliche Rolle gespielt haben. Andererseits ist aufgeklärte Politik oft genug gegenüber der positiven Rolle von Religion zur Identitätsstiftung blind gewesen.

Hier in Berlin legt es sich nahe, an Friedrich den Großen zu erinnern, der in seinem Politischen Testament von 1752 seine Religionspolitik so beschreibt: „Katholiken, Lutheraner, Reformierte, Juden und zahlreiche andere christliche Sekten wohnen in Preußen und leben friedlich beieinander. Wenn der Herrscher aus falschem Eifer auf den Einfall käme, eine dieser Religionen zu bevorzugen, so würden sich sofort Parteien bilden und heftige Streitereien ausbrechen. ...“

Mit diesem Grundsatz hat Preußen gute und erfolgreiche Politik gemacht; viele verfolgte religiöse Minderheiten konnten angesiedelt und letztlich integriert werden – noch heute erkennbar an den französischen Namen der ehemals Hugenottischen Preußen. Friedrich fährt dann allerdings fort:

„Für die Politik ist es völlig belanglos, ob ein Herrscher religiös ist oder nicht. Geht man allen Religionen auf den Grund, so beruhen sie auf einem mehr oder weniger widersinnigen System von Fabeln. ... Allein ... man muss auf die große Masse so weit Rücksicht nehmen, dass man ihre religiösen Gefühle nicht verletzt, gleich welchem Glauben sie angehören.“

Das ist Religionspolitik – und selbst das ist ein gefährlicher Begriff –, die aus Religions**verachtung** geboren ist. Wenn Religionspolitik heute gelingen soll, tun wir gut, uns die Toleranz des alten Fritz, nicht aber seine Religionsverachtung zum Vorbild zu nehmen.